

# INHALTSVERZEICHNIS

## § 1 Einleitung

<b>A. Problemstellung</b> .....	<b>1</b>
<b>B. Ziel und Gang der Untersuchung</b> .....	<b>4</b>

## § 2 Das Sewol-Schiffsunglück und seine justizielle Bewältigung

<b>A. Das Schiffsunglück und die politische Diskussion über das Kentern der Fähre</b> .....	<b>7</b>
I. Hergang des Sewol-Schiffsunglücks .....	7
II. Die politische Diskussion über das Kentern der Fähre .....	8
1. Bericht des Untersuchungszentrums der Staatsanwaltschaft .....	8
2. Sondergesetz zur Aufklärung des Sewol-Schiffsunglücks und zum Aufbau einer sicheren Gesellschaft vom 19. November 2014 .....	10
3. Sondergesetz zur Entschädigung der Opfer des Sewol-Schiffsunglücks und Unterstützung vom 29. März 2015 .....	10
4. Reaktion der Hinterbliebenen .....	12
<b>B. Die Sewol/Park Geun Hye-Entscheidung des Koreanischen Verfassungsgerichts vom 10. März 2017</b> .....	<b>13</b>
I. Ausgangsverhalt der Präsidentenanklage .....	13
1. Anklagebegründung in Bezug auf das Sewol-Schiffsunglück .....	14
2. Äußerung der Antragsgegnerin dazu .....	15
II. Entscheidungsgründe des Verfassungsgerichts .....	16
1. Verletzung der Schutzpflicht des Rechts auf Leben .....	16
2. Verletzung der Pflicht zur treulichen Ausübung der Amtsaufgabe .....	17
III. Bewertung der Entscheidung in der koreanischen Literatur .....	18

<b>C. Die Entscheidung des Bezirksgerichts Seoul (Zentral) über die Entschädigungsklage der Hinterbliebenen der Unfallopfer vom 19. Juli 2018 .....</b>	<b>21</b>
I. Sachverhalt .....	21
II. Entscheidungsgründe .....	22
1. Verpflichtung des Staates für die Entschädigungszahlung .....	22
a) Rechtswidriges schuldhaftes Fehlverhalten im Amt (Polizeibeamter des Wachschiffs Nr. 123) .....	22
b) Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Tod der Passagiere des Sewol-Schiffunglücks .....	23
c) Abweisung der Klagen gegen das rechtswidrige Verhalten der anderen Beamten .....	24
2. Mitverantwortung des Staates und der Firma Chonghaejin Marin .....	26
a) Verpflichtung der Fährreederei Chonghaejin Marin zur Entschädigungszahlung .....	26
b) Verhaftung mehrerer Täter .....	26
III. Zusammenfassung .....	26
<b>D. Die Verfassungsbeschwerde der Hinterbliebenen der Unfallopfer .....</b>	<b>27</b>
I. Antragsgrund .....	28
II. Problemstellung im verfassungsgerichtlichen Verfahren .....	30
<b>E. Zusammenfassung .....</b>	<b>31</b>

### **§ 3 Überlegungen zur Lösung des Sewol-Falles nach deutschem Verfassungsrecht**

<b>A. Verfassungstheoretischen Grundlagen staatlicher Schutzpflichten .....</b>	<b>35</b>
I. Herleitung der staatlichen Schutzpflicht für das Recht auf Leben .....	35
1. Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG .....	35
2. Schutzpflicht aus Art. 1 Abs. 1 GG .....	37
3. Schutzpflicht aus Verfassungsprinzipien .....	39

a) Rechtsstaatsprinzip .....	39
b) Sozialstaatsprinzip .....	41
4. Zusammenfassung .....	42
II. Adressaten der staatlichen Schutzpflichten .....	43
1. Staatszwecke und staatliche Schutzpflicht .....	44
2. Legislative Schutzpflicht .....	45
3. Exekutive Schutzpflicht .....	47
4. Judikative Schutzpflicht .....	48
III. Verwirklichungsphasen staatlicher Schutzpflichten .....	49
<b>B. Grundrecht auf Leben aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG .....</b>	<b>51</b>
I. Funktionen des Grundrechts auf Leben .....	51
1. Recht auf Leben .....	51
2. Abwehrfunktion und staatliche Schutzpflicht für das Leben .....	52
II. Zeitliche Dimension des Lebensschutzes .....	53
III. Staatliche Eingriffe und Möglichkeiten ihrer Rechtfertigung .....	56
<b>C. Problematik einer postmortalen Geltendmachung einer Verletzung der staatlichen Schutzpflicht für das Leben .....</b>	<b>60</b>
I. Zweck einer postmortalen Geltendmachung .....	60
1. Anspruchsrecht der verstorbenen Menschen auf Feststellung des Unterlassens der staatlichen Schutzpflicht .....	60
2. Klärungsbedürfnis und Verlangen der Nachbesserung .....	62
3. Zwischenfazit .....	64
II. Konstellationen der postmortalen Geltendmachung .....	65
1. Verletzung des Rechts auf Leben und Ende der Schutzpflicht .....	65
2. Voraussetzungen für die postmortale Geltendmachung der staatlichen Schutzpflicht .....	67
a) Bestand der staatlichen Schutzpflicht für das Recht auf Leben .....	67
b) Entstehung des Tatbestands des Unterlassens der staatlichen Schutzpflicht .....	68

c)	Verletzung des Rechts auf Leben durch Tod .....	69
3.	Konkrete Fälle .....	69
4.	Möglicher Rechtsweg nach dem Tode bei Unterlassen der Schutzpflicht ...	72
a)	Verwaltungsgerichtliche Verpflichtungsklage, allgemeine Leistungsklage oder Fortsetzungsfeststellungsklage .....	72
b)	Staatshaftungsklage .....	74
aa)	Amtshaftungsanspruch gem. Art. 34 GG i. V. m. § 839 BGB .....	74
bb)	Vergleich zur staatlichen Entschädigung .....	76
cc)	Stellungnahme .....	78
c)	Verfassungsbeschwerde .....	79
III.	Problemstellungen bei einer postmortalen Geltendmachung im verfassungsgerichtlichen Verfahren .....	80
1.	Zeitpunkt des Vorliegens aller Zulässigkeitsvoraussetzung .....	81
2.	Problematik im Rahmen der Beschwerdefähigkeit und Grundrechtsfähigkeit des verstorbenen Menschen .....	82
a)	Beschwerdefähigkeit des verstorbenen Menschen .....	82
b)	Grundrechtsfähigkeit der verstorbenen Menschen .....	83
aa)	Postmortaler Persönlichkeitsrechtsschutz .....	83
bb)	Postmortaler Schutz des Rechts auf Leben .....	85
3.	Problematik des Rechtsschutzbedürfnisses .....	86
a)	Grundsatz des allgemeinen Rechtsschutzbedürfnisses .....	86
b)	Fortführung der Verfassungsbeschwerde trotz des Todes des Beschwerdeführers .....	87
aa)	Drei Ausnahmefälle der Fortführung des Verfassungsbeschwerdeverfahrens trotz Todes des Beschwerdeführers .....	87
bb)	Objektive Funktion der Verfassungsbeschwerde .....	89
c)	Anwendung auf die postmortale Geltendmachung des Rechts auf Leben .....	92
IV.	Zusammenfassung .....	94

<b>D. Konkrete Möglichkeiten der postmortalen Geltendmachung einer Schutzpflichtverletzung .....</b>	<b>96</b>
I. Vertreter-Lösung .....	96
1. Prozessfähigkeit .....	97
2. Nicht prozessfähige Partei .....	98
3. Möglichkeit einer vom Vertreter im Namen des Verstorbenen erhobenen Verfassungsbeschwerde .....	99
4. Vertreter-Lösungen für Verstorbene .....	101
II. Prozessstandschafts-Lösung .....	102
1. Prozessstandschaft .....	103
2. Verfassungsrechtlicher Grundsatz: Erfordernis einer Beschwerdebefugnis ..	105
3. Prozessstandschaft beim postmortalen Persönlichkeitsschutz .....	106
4. Anwendungsmöglichkeit der Prozessstandschaft .....	110
III. Zusammenfassung .....	111
<b>E. Fazit .....</b>	<b>113</b>

## **§ 4 Gegenüberstellung der beiden Lösungsmöglichkeiten**

<b>A. Entproblematisierung durch Entschädigungsansprüche .....</b>	<b>115</b>
I. Deutscher Opferentschädigungsanspruch .....	115
1. Zielbestimmung .....	116
2. Anwendbarkeit im Fall der Schutzpflichtverletzung .....	117
3. Bezug zur Verletzung der staatlichen Schutzpflicht .....	118
II. Koreanischer Entschädigungsanspruch .....	120
1. Schutzgesetz für Opfer von Straftaten (Crime Victim Protection Act) .....	120
2. Sewol-Entschädigungsgesetz .....	121
III. Stellungnahmen .....	121

<b>B. Vor- und Nachteile bei der Erhebung einer Verfassungsbeschwerde zur postmortalen Geltendmachung einer Schutzpflichtverletzung hinsichtlich des Lebens .....</b>	<b>123</b>
I. Neue Möglichkeit zur Feststellung der Nichterfüllung einer Schutzpflicht ...	123
II. Wirkung als Sanktionierung der Schutzlücken .....	124
III. Funktionelle Grenzen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Rechtsfolge .....	125
IV. Gefahr der Popularklage durch die Erweiterung des Kreises der zulässigen Beschwerdeführer? .....	126
V. Gefahr der Explosion der Verfahrenszahl? .....	128
<b>C. Vor- und Nachteile bei der Lösung über das Entschädigungsgesetz .....</b>	<b>128</b>
I. Soforthilfe und unbürokratische Hilfe .....	129
II. Auswirkung des Opferentschädigungsrechts und dessen Grenzen .....	130
III. Stellungnahme .....	131
<b>§ 5 Zusammenfassung in Thesen .....</b>	<b>135</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>139</b>